

März 2026

## Zielführende Rahmenbedingungen für Gewerbe-PV sicherstellen

### 1. Potenzial großer Industrie- und Gewerbedächer stärker berücksichtigen

Der Fokus in laufenden Gesetzgebungsverfahren (EEG 2026 und Netzpaket) verschiebt sich zunehmend hin zu Freiflächenanlagen. Dabei bieten große, bereits versiegelte Industrie- und Gewerbedächer ein erhebliches, bislang noch wenig ausgeschöpftes Solarpotenzial. Laut einer gemeinsamen [Analyse](#) des Fraunhofer IIS und der Bundesvereinigung Logistik sind bislang nur rund 19 % der gewerblichen Hallendächer und etwa 18 % der Logistikimmobilien mit PV-Anlagen belegt. Gleichzeitig ermöglichen diese Anlagen, Strom direkt am Ort des Verbrauchs zu erzeugen und damit Netze zu entlasten. Aus unserer Sicht sollte daher das zweite Ausschreibungssegment für PV-Dachanlagen im weiteren Verfahren durch ausreichend dimensionierte Ausschreibungsmengen und verlässliche Rahmenbedingungen gestärkt werden.

### 2. Verbindlichere Fristen beim Netzanschluss

Die gesetzlichen Fristen für Netzzusagen werden in der Praxis häufig deutlich überschritten, was Projekte verzögert und Mehrkosten verursacht. Wir regen daher an, bei Fristüberschreitungen eine Pönale bzw. eine automatische Kompensation für Anschlussbegehrende einzuführen.

**Ein Praxisbeispiel:** Die gesetzlich vorgesehene Frist von acht Wochen für eine Netzzusage wird von Verteilnetzbetreibern häufig nicht eingehalten. In einzelnen Projekten haben wir Wartezeiten von bis zu 40 Wochen erlebt. Rechtliche Schritte sind in solchen Fällen meist keine praktikable Lösung, da sie zu lange dauern.

### 3. Standardisierte Trafostation („Deutschland-Trafo“)

Derzeit stellen unterschiedliche technische Anforderungen der rund 865 Verteilnetzbetreiber ein erhebliches Hemmnis für die Anbindung von Anlagen dar. Eine bundesweit standardisierte Trafostation würde Planung, Beschaffung und Bau beschleunigen und Skaleneffekte ermöglichen.

**Ein Praxisbeispiel:** Fast jeder Netzbetreiber verlangt eigene Spezifikationen für Trafostationen und deren Schutz- und Regelungstechnik. Dadurch muss für nahezu jedes Projekt eine individuelle Station geplant und gefertigt werden. Angesichts des stark steigenden Bedarfs an Trafostationen wird diese fehlende Standardisierung zunehmend zu einem Engpass für die Umsetzung neuer Projekte.

### 4. Einheitliche Plattform für Netzanmeldungen

Die Digitalisierung der Netzanmeldung sollte über eine bundesweit einheitliche Plattform erfolgen, statt über hunderte separate Webportale der Netzbetreiber. Dies würde Prozesse vereinfachen, Kosten reduzieren und eine standardisierte Abwicklung ermöglichen. Die Kosten könnten dabei u. a. über eine Gebühr pro Netzanmeldung von den Projektentwicklern getragen werden.

**Ein Praxisbeispiel:** Schon heute unterscheiden sich die Netzanmeldeverfahren der Netzbetreiber stark - von digitalen Portalen bis hin zu PDF-Formularen. Ohne eine zentrale Lösung droht auch bei der Digitalisierung ein Flickenteppich unterschiedlicher Systeme. Ein Blick in die Schweiz zeigt, dass eine einheitliche Plattformlösung möglich ist: Dort sind alle Netzbetreiber an die gemeinsame Plattform [ElektroForm Solar](#) angebunden. Die Kosten tragen die Projektentwickler mit 20 bis 55 Schweizer Franken je Netzanmeldung.

## **5. Klare Fristen auch für weitere Interaktionen mit Netzbetreibern**

Auch nach dem Netzanschluss kommt es häufig zu langen Wartezeiten, etwa bei technischen Rückfragen im Zertifizierungsprozess. Wir schlagen vor, verbindliche Fristen analog zur Netzzusage auch für diese weiteren Interaktionen festzulegen.

**Ein Praxisbeispiel:** Bei technischen Rückfragen von Zertifizierern an Netzbetreiber erleben wir regelmäßig Wartezeiten von mehreren Monaten. In einem Fall haben wir trotz mehrfacher Nachfrage erst nach über zwölf Monaten eine Rückmeldung erhalten.